

# Magdeburger Alternative

Einfache Arbeit ist in Deutschland zu teuer. Um die Bruttolöhne der Geringqualifizierten deutlich zu senken, müsste der Bund die Sozialabgaben übernehmen **VON JOACHIM WEIMANN UND RONNIE SCHÖB**

Die jüngsten Äußerungen von Manfred Stolpe und dem sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost haben ihn wieder einmal ins Gespräch gebracht: den Niedriglohnssektor.

Um diesen Arbeitsmarktsektor in ganz Deutschland wieder zu beleben, bedarf es allerdings einschneidender Strukturreformen, und auch um Lohnsubventionen wird man nicht herumkommen. In dieser Einschätzung ist sich die ökonomische Wissenschaft seit langem einig, und es ist gut, dass sich die Politik diesem Thema nun stärker widmet.

Der Teufel steckt beim Niedriglohnsektor, wie so oft, im Detail. Die Erfahrung des Mainzer Modells hat gezeigt, dass sich Lohnsubventionen mühelos so ausgestalten lassen, dass sie völlig wirkungslos bleiben. Wie bei vielen anderen gescheiterten Modellversuchen wurde die Tatsache übersehen, dass im Niedriglohnsektor Probleme auf beiden Seiten des Marktes bestehen.

Wer eine einfache Arbeit sucht und Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bezieht, bekommt diese Leistungen umgehend gestrichen, wenn er eine Arbeit aufnimmt. Das zerstört jeden Anreiz, ernsthaft zu suchen. Der vom Ifo-Institut unterbreitete Vorschlag der „aktivierenden Sozialhilfe“, der in Sachsen nun in einem lokal begrenzten Experiment erprobt werden soll, setzt an dieser Stelle

an. Er sieht vor, durch Kürzungen bei der Sozialhilfe und eine Subvention der Nettolöhne dort Arbeitsanreize zu schaffen, wo gegenwärtig ausschließlich die Untätigkeit subventioniert wird.

Damit allein ist es noch nicht getan. Wenn ab morgen alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger bereit wären, einen Job anzunehmen – das sind über zwei Millionen Arbeitskräfte – sie würden keinen finden. Der Preis, den die Unternehmen für sie zu zahlen hätten, ist schlicht zu hoch. Schuld daran sind die Lohnkompression der 70er und 80er Jahre und die Art und Weise, wie wir unser soziales Sicherungssystem organisiert haben.

Wer keine Arbeit hat, erhält die gesamten Sozialleistungen vom Staat. Nimmt jemand eine Arbeit auf, ist er sofort verpflichtet, die gesamte Last der Sozialversicherung aus der eigenen Wertschöpfung zu tragen. Mit einfacher Arbeit ist aber keine Wertschöpfung zu erzielen, aus der sich diese Lasten, ein auskömmliches Nettoeinkommen und die fällige Steuer finanzieren lassen. Deshalb ist einfache Arbeit in Deutschland zu teuer, um im notwendigen Umfang nachgefragt zu werden.

Es hilft nichts: Beschäftigung im Niedriglohnbereich wird nur entstehen, wenn die Löhne, die die Unternehmen zahlen müs-

sen, drastisch sinken. Mit der „aktivierenden Sozialhilfe“ geschieht das nur, wenn die Nettolohnsubvention an die Unternehmen weitergereicht wird.

Damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, müssen die Bruttolöhne im untersten Tarifsektor um mehr als 30 Prozent sinken. Trotz Nettolohnsubvention bleibt den Arbeitnehmern unter dem Strich weit weniger als zuvor. Kein Wunder, dass die Gewerkschaften gegen die „aktivierende Sozialhilfe“ Sturm laufen.

Sie befürchten zu Recht, dass es zu Lohn-einbußen kommt, die letztlich durch massive Eingriffe in die Tarifautonomie durchgesetzt werden. Die „aktivierende Sozialhilfe“ wird sich deshalb nur gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften installieren lassen.

Es könnte aber auch anders gehen: Mit der „Magdeburger Alternative“ haben wir eine Form von Lohnzuschüssen vorgeschlagen, die erstens die Tarifautonomie unangetastet lässt, zweitens die Bruttolöhne für zusätzliche Beschäftigte sofort um bis zu 70 Prozent senkt, drittens die Nettolöhne nicht reduziert, viertens etwa 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze schafft und fünftens zu einer Entlastung der staatlichen Haushalte in der Größenordnung von ca. 4 Mrd. € jährlich führt.

Die Grundidee besteht darin, die Bruttolöhne zu entlasten, indem die Sozialabgaben neu beschäftigter, ehemaliger Bezieher von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Bisher sind alle Vorschläge, die auf eine direkte Absenkung der Bruttolöhne hinauslaufen, daran gescheitert, dass die zu erwartenden Mitnahmeeffekte die Sache unbezahlbar werden lassen. Bei der Magdeburger Alternative machen wir aus dieser Not eine Tugend: Jedes Unternehmen, das einen Sozialhilfeempfänger zusätzlich einstellt, erwirbt einen Erstattungsanspruch für dessen Sozialabgaben und die eines bereits Beschäftigten.

Auf diese Weise lassen sich Mitnahmeeffekte erzielen, wenn das entsteht, was wir brauchen: zusätzliche Arbeitsplätze. Zwar gehen dem Staat die Sozialbeiträge eines Beschäftigten verloren, dem gegenüber steht aber die Ersparnis bei der Finanzierung des Lebensunterhalts des nun beschäftigten Sozialhilfeempfängers – und das rechnet sich. Gering qualifizierte Arbeitnehmer würden wieder eine Chance am Arbeitsmarkt haben, wenn wir in Zukunft darauf verzichten, Sozialversicherungsbeiträge bei ihnen zu kassieren.

Die Autoren lehren Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft an der Uni Magdeburg. Kürzlich erschien ihr Buch „Arbeit ist machbar – die neue Beschäftigungsformel“.

*Schuld an dem Dilemma ist die Lohnkompression der 70er und 80er Jahre*